Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres zweimal: Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 5,50 Mk., ins Haus geliefert 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 2,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

48 Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 121. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Oplt, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 21. Dezember. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Oplt, Namslau. | 1920.

Das Geheimnis von Brüssel.

Beginn der Wiedergutmachungskonferenz.

Die deutsche Abordnung für die Wiedergutmachungskonferenz hat sich im Hotel Astoria zu Brüssel eingefunden. Aber es ist noch sehr die Frage, wie weit die deutschen Sachverständigen bereits zu den Verhandlungen ihrer verbündeten Partner zugelassen werden. Der Vorsitzende der Konferenz, der Belgier Delacroix, wünscht, daß die Besprechungen, weil sie ja nur vorläufig seien, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden sollen. Das sieht wieder nach Deutschfeindlichkeit aus, ist es aber diesmal ausnahmsweise nicht. Man will allen Delegierten, auch den deutschen, zunächst einmal Gelegenheit geben, frei von der Leber weg zu sprechen, was man erfahrungsgemäß unter dem Auge der Oeffentlichkeit nicht ohne weiteres kann. Die Aeußerungen, die ja erst zu bestimmten Vorschlägen führen sollen, werden leicht entstellt, und die vorzeitige Erörterung in den Zeitungen ruft Mißverständnisse und Verbitterung hervor.

Die Pläne der französischen Regierung sind immer noch von tiefem Geheimnis umgeben, und die Spottvögel der Pariser Presse behaupten, das Geheimnis sei nur deshalb so tief, weil überhaupt kein Plan vorhanden sei. Mit anderen Worten: An die Stelle der bestimmten Forderung ist die Ratlosigkeit getreten. Hinter der geheimnisvollen Türe ist weiter nichts verborgen als — das Nichts. Die Wiedergutmachungsziffer, die man sich auf französischer Seite ursprünglich zurecht gelegt hatte, ist so ungeheuerlich, so über allen gesunden Verstand hinausgetrieben, daß man angesichts der heutigen finanziellen Lage Deutschlands fürchtet, sich lächerlich zu machen. Der kindliche Gedanke riesenhafter deutscher Goldtransporte, die über den Rhein kommen, ist fallen gelassen. Der „Temps" schreibt in mehreren Spalten, es sei immer noch keine Festsetzung einer bestimmten Summe vorgesehen (vergißt also, daß Deutschland einen vertraglichen Anspruch auf diese Festsetzung hat) und man müsse den Deutschen zunächst Zeit lassen, sich zu erholen.

Das klingt sehr menschenfreundlich. Der gute Eindruck wird aber sofort wieder verwischt durch die Bemerkung, daß Frankreich sich neue Pfänder von Deutschland geben lassen müsse und daß die — in Spaa versprochene — Genfer Konferenz überflüssig geworden sei. Zum Glück steht der „Temps" mit dieser schroffen Haltung ziemlich allein. In anderen führenden Zeitungen, die sicher auch nicht ohne Fühlung mit maßgebenden Stellen sind, liest man Vorschläge, die bereits auf einen Gesinnungswechsel deuten. Im „Gaulois" empfiehlt ein Baron Erlanger die Schaffung von internationalem Kredit. Mit solchem Geld müsse sich Deutschland die Materialien für den Wiederaufbau abkaufen lassen. Die Sache kommt zwar wieder auf ein unerträgliches Schuldverhältnis hinaus, aber man sieht doch den guten Willen auf französischer Seite, das Problem wirtschaftlich anzupacken. Die verschiedentlichen deutschen Vorschläge, die Wiedergutmachung durch großzügige Wirtschaftsverträge zu ermöglichen, sind in Frankreich und Belgien zwar bisher nur mit Hohn aufgenommen worden, als wollten wir durch Warenschiebungen den Hals aus der finanzielle Schlinge ziehen, aber man hat doch beim Gegner allenthalben über diese Frage nachgedacht und die klügsten Köpfe sind endlich darauf gekommen, daß die deutsche Zubuße zur Wiedergutmachung nur zu erreichen ist, wenn Frankreich und der ganze Verband mithilft, die deutsche Gütererzeugung und Industrietätigkeit zu heben, statt sie durch wahnwitzigen Kohlenraub, durch Wegnahme des Viehbestandes und Flugzeugparks usw. zu erdrosseln.

Der ganze Verband! Merkwürdigerweise schließt sich vorläufig nur Belgien dem französischen Eifer an. England steht bei der Brüsseler Konferenz noch fast teilnahmslos abseits. Infolge des bisherigen Milliardenwahns Frankreichs hat es in London wiederholt starke Verstimmungen gegeben, und die jetzt beginnende Brüsseler Konferenz hat sich aus diesem Grunde um vier Monate verzögert. Italiens Rolle ist ebenfalls noch vollständig ungeklärt. Genaueres und entschiedeneres hört man nur aus Amerika. Hoover, der voraussichtlich Mitglied des Kabinetts unter dem neuen Präsidenten wird, erklärte Herrn Harding, das Weltinteresse erfordere die sofortige Festsetzung der Entschädigungssumme, die Deutschland zu leisten habe; auch seien Rohstoffkredite an Deutschland notwendig. Was aber hat Amerika, das auf Wiedergutmachung verzichtet, in Brüssel zu sagen? Für Deutschland gibt es in Brüssel nur eine Taktik: Den Finger auf die offene Wunde Oberschlesiens zu legen. Solange nicht durch d. Volksabstimmung festgelegt ist, daß dieser lebenswichtigste Teil unseres Wirtschaftskörpers bei Deutschland beibt, solange ist in Brüssel weder eine sichere Zahlenbildung noch ein vernünftiger Wirtschaftsvertrag möglich.

Sensationelle Enthüllungen.

Uebertritt des früheren polnischen Bezirksleiters von Konstadt, Jakob Lellek, ins Lager der Heimatstreuen.

Der frühere polnische Bezirksleiter von Konstadt, Herr Jakob Lellek aus Wundschütz, ist durch die trüben Erfahrungen, die er mit seinen polnischen Freunden und in Polen selbst gemacht hat, zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Recht im Abstimmungskampfe auf deutscher Seite liegt, und daß vor allem Oberschlesiens Zukunft nur dann gesichert ist, wenn es durch die Abstimmung bei Deutschland verbleibt. Er hat seinen Irrtum eingesehen und will versuchen, ihn wieder gut zu machen. Deshalb bittet er um Aufnahme folgenden Aufrufs:

Lieber Oberschlesier, wach' auf!

In den Monaten Mai bis August befand ich mich im polnischen Lager. Das ist weit und breit im hiesigen Kreise bekannt. Den ganzen Kreis Kreuzburg, Freunde und politische Feinde fordere ich darüber als Zeugen auf. — Nachdem ich mit durch meine politische Tätigkeit alle Deutschgesinnten zum Feinde gemacht hatte, wollte ich mich besonders der auch von polnischer Seite beginnenden Mühlarbeit gegen mich entziehen. Ich begab mich in das viel gepriesene Paradies Polen, um dort in Ruhe und Frieden zu leben. Wie groß aber waren die Enttäuschungen! Statt Ruhe und Frieden, welchen ich dort suchte, begann bereits am dritten Tage meines Aufenthalts die großpolnische Hetze gegen mich. Ich wurde als deutscher Spion vom hiesigen polnischen Unterkommissariat gebrandmarkt, von den zugewanderten Großpolen und Galiziern, welche uns Oberschlesier nicht befreien, sondern knechten wollen. Nicht achtend der Gefahren, welchen ich ausgesetzt war, wirkte ich für Polen. Freunde und Feinde werden es bezeugen. Aus Dank für meine fleißige Tätigkeit wurde ich im polnischen Paradiese mit Weib und Kind verhaftet und vor den Untersuchungsrichter für Spionagesachen geschleppt. Später sollte ich vor das Kriegsgericht Ostrowo gestellt werden, weil die fremdländischen Hetzer hier in Oberschlesien Angst hatten, ich bringe die Wahrheit über das polnische Paradies ans Tageslicht. Darum sollte ich beseitigt werden. Täglich brachten die hier zugewanderten Hetzer Anklagen gegen mich vor. Die schlimmsten dieser Sorte sind: Macura, der polnische Kreisleiter und der Altfahrradhändler Walasschinsky aus Pitschen, Krüger, Kanty u. a. mehr. Ich habe mit eigenen Ohren Telefongespräche gehört. Alles, was ich im Besitz hätte, sollte mir bei meiner Verhaftung abgenommen werden. Die Zustände selbst in der früheren deutschen Provinz Posen befinden sich auf dem Rückgang in das 7. Jahrhundert. Die polnische Schlachta regiert das Land. Es sind meist Galizier und Kongreßpolen, 70 Prozent der Arbeiterschaft sehnt sich nach Deutschland zurück. Die Landräte und Bürgermeister sitzen hinter verschlossenen Türen, um sich dem armen, hungernden Publikum zu entziehen. Polen ist am Ende seiner Kraft, nur durch die Hoffnung auf Oberschlesien ist das arme, arbeitslose Volk noch zu beruhigen. Die Geschäfte sind vollkommen leer. Es kostet z. B. eine Zimmermannsagt 500 Mark, ein 3-zölliger Nagel 1 Mark, ein Pfund Eisen für den Schmied 75 Mark, ein leichter Arbeitswagen für einen kleinen Landwirt 20000 Mark. Nach einer polnischen Abstimmung in Oberschlesien wird unser Land mit diesen fremden Elementen überschwemmt. Alle Beamtenstellen, alle Geschäfte hier in Oberschlesien sind bereits für die dortigen großpolnischen Kandidaten vorherbestimmt. Von diesen Leuten werden wir Oberschlesier in unserer Heimat verdrängt, nicht von den Deutschen, wie es diese polnischen Hetzer immer wieder ins Feld führen. Der stellvertretende Bürgermeister in Kempen erklärte mir folgendes: Wenn nach der Abstimmung Oberschlesien polnisch wird, werden alle Beamtenstellen von großpolnischen Beamten besetzt, weil der Oberschlesier der hochpolnischen Sprache nicht mächtig ist. Alle Oberschlesier, die schon vor Jahren wir über den deutschen Militarismus. Ich erkläre es an Eidesstatt: unserer früherer Militarismus war eine goldene Freiheit gegen den jetzigen polnischen Militarismus. Der polnische Soldat wird von seinem Vorgesetzten wüst geschlagen. Neutrale Zeugen können es beweisen. Der Zarismus war eine goldene Freiheit gegen die polnische Demokratie. Märchenhaft klingen die Zustände, lieber Oberschlesier. Aber wenn es ein Mensch nicht persönlich erlebt hat, kann er sich keinen Begriff davon machen. Um den polnischen Schwindel zu beweisen, erwähne ich nur die Bestimmungen des polnischen Konsuls in Oppeln. Nach der Provinz Posen sind nur polnische Idealisten hineinzulassen, d. h. Großpolen. Ein jeder, der nach dem gepriesenen Paradiese hinein will, muß erst um die Genehmigung beim Kommissariat einkommen. Ist das polnische Kommissariat über die Gesinnung des Betreffenden nicht sicher, so bekommt er, in hochpolnischer Sprache, die er nicht lesen kann, auf die Empfehlung den Sichtvermerk: „Darf nicht hineingelassen werden." Er hat dann das Geld für den Paß umsonst ausgegeben, denn an der Grenze schickt man ihn zurück. Bände kann ich von den Zuständen schreiben, und erwähne auch die Namen derjenigen, die ich kenne, offen und vor aller Welt, damit es diese Leute bezeugen können, ob meine Angaben stimmen! Ich bin bis jetzt im Leben unbestraft, aber im polnischen Paradiese wäre ich zum Verbrecher geworden. Liebe Oberschlesier, die deutsche Erde habe ich schätzen gelernt und betrachte ich von nun an als mein Heiligtum. Darum wach auf, Oberschlesier, erkläre offen: „Wir gehören zu Deutschland." Hinaus mit den zugewanderten großpolnischen Hetzern!

Diese hier von mir freiwillig gemachten Angaben erkläre ich an Eidesstatt für wahr.

Jakob Lellek,
Wundschütz bei Konstadt, z. Zt. Kreuzburg.

Nächste Stadtblatt-Ausgabe
Freitag, 24. Dezember.
Inserate bis Donnerstag vormittag 10 Uhr erbeten

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien wieder fraglich.

Oberschlesien vor der Botschafterkonferenz.

Basel, 17. Dezember. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich mit den ablehnenden Antworten Polens und Deutschlands zum Vorschlag der Verbündeten über die Abstimmung in Oberschlesien. Die Konferenz beschloß, im Prinzip zu einer anderen Lösung zu kommen und zwar auf Grund der Vorschläge, die auf der Londoner Konferenz gemacht worden sind. Zu dieser Aenderung des Vorgehens der Botschafterkonferenz ist noch die Zustimmung Italiens notwendig, die aber sicher zu sein scheint.

Wie die „Deutsche Tageszeitung" aus Genf erfährt, meldet die zweite Ausgabe des „Progrès", daß das Datum der Abstimmung in Oberschlesien abermals ungewiß sei. Die Stimmung in Oberschlesien sei durch den Zleistand der polnischen Mark äußerst unglücklich beeinflußt. In Polen selbst machen alle Kreise die größten Anstrengungen, die reichsdeutsche Mark aufzukaufen. Man erwartet den Sturz der polnischen Mark auf 1. Das Blatt fordert, Frankreich müßte Vorkehrungen treffen, um im Falle der polnischen Niederlage die Polen von jeglicher Unklugheit zurückzuhalten.

Der Verband scheint auf der getrennten Abstimmung zu bestehen, ist Deutschland damit nicht einverstanden, so wird die Abstimmung weiter verschoben. Daß eine solche Verschiebung unter solchem Vorwand ins Unendliche gedehnt werden kann, ist klar. Denn Oberschlesien kann und wird so lange nicht „politisch beruhigt" sein, als der Schwebezustand dort aufrecht bleibt und die Bevölkerung unter der Unsicherheit der Zukunft und der Agitation der Polen zu leiden hat. Um Oberschlesien politisch zu beruhigen, gibt es nur ein Mittel, baldige, ehrliche, dem Friedensvertrag entsprechende, seiner Möglichkeit irgendwelcher Stimmentwertung Raum gebende Abstimmung. Die Abstimmung verschieben, heißt nichts anderes, als einem Kranken die rettende Medizin vorenthalten mit der Begründung, man müsse erst warten, bis er genesen sei.

Alle diese Manöver zeigen, wie Frankreich immer wieder in diesen Fragen siegt und wie unbegründet die Hoffnungen derer sind, die auf tatsächliche oder vermeintliche Gegensätze innerhalb des Verbandes spekulieren. Frankreich braucht Polen aus politischen Gründen; nach dem Zerfall des zarischen Rußland soll Polen die Rolle des Bundesgenossen übernehmen, der Deutschlands Ostgrenze bedroht. Dazu kann Polen nicht stark genug sein. Es ist heute kaum lebensfähig; Oberschlesien soll als Reis aufgepfropft werden, damit der dürre Baum blühe. Außerdem ist Frankreich an Polens Zukunft interessiert; es will nicht wieder wie im alten Rußland und im Wrangel-Abenteuer Milliarden verlieren. Daher soll Oberschlesien Polens Wirtschaft, die bisher immer noch eine polnische Wirtschaft ist, retten. Fol lich ist jeder Anlaß tauglich, der entweder die Abstimmung zu Polens Gunsten verzögern könnte oder der die Abstimmung hinausschiebt.

Das allein beweist, daß man sich weder in Frankreich noch in Polen über das Ergebnis einer unbeeinflußten, vertragsmäßig verlaufenden Abstimmung irgendwelche Illusionen macht. Da man ein für Deutschland günstiges Ergebnis voraussieht, wird eben nicht abgestimmt, solange Oberschlesien noch unruhig ist. Und für die Unruhe wird Korfanty sorgen. Es gibt nur eins für Deutschland und für Oberschlesien: baldige, vertragsmäßige Abstimmung und dann schleunigste Säuberung des schwergeprüften Landes von allen fremden Truppen und Agitatoren.

Nach § 1 Absatz 1 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages hat die Abstimmung spätestens 18 Monate nach der Uebernahme Oberschlesiens durch die interalliierten Behörden zu erfolgen. Demnach kann die Abstimmung über den August 1921 nicht hinausgeschoben werden, wenn man sich überhaupt noch an den Versailler Vertrag halten will. Der Plan scheitert also an dem Harren Wortlaut des Vertrages. Außerdem würde dieses nun das Verbindnis des Verbandes nach gewaltsamer Abstimmung einen Versuch, die oberschlesische Frage aus dem Friedensvertrage hinauszuinterpretieren; ob man es aber zu einer offenkundigen Mißachtung der eingegangenen Verpflichtungen treiben wird, bleibt doch noch abzuwarten. Denn ein derartiges Verhalten kann auch die Stellung Deutschlands zum Friedensvertrag nicht günstig beeinflussen und trotz aller militärischen und politischen Ohnmacht hätte dann auch wohl Deutschland die Möglichkeit und das Recht, den Vertrag ebenso zu behandeln. Was aber von beiden Seiten gezogen und gedehnt wird, zerreißt leicht.

Der Völkerbundskongreß über die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Bei der Beratung des Aufnahmegesuches Oesterreichs in den Völkerbund kam es auf der Völkerbundskonferenz in Genf auch zur Behandlung der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, und zwar es bei der Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit sehr charakteristisch für die Haltung der Völkerbundsmitglieder, daß die neutralen Staaten und die kleineren Staaten sehr eifrig für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eintraten, während der Vertreter Frankreichs im Völkerbunde, Minister Viviani, ausführte, daß Deutschland deshalb noch nicht in den Völkerbund aufgenommen werden könne, weil es die Bedingungen für die Aufnahme nicht erfüllt habe. Viviani sagte wörtlich zu dieser Frage: Deutschland könne zum Eintritt in den Völkerbund noch garnicht aufgefordert werden, sondern es müsse erst die Bedingungen des Artikels 1 des Friedensvertrages erfüllen. Das heißt, daß Deutschland erst wirkliche Bürgschaften für die Erfüllung der ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen geben soll, und dann werde Deutschland in den Völkerbund eintreten können. Angeblich wartet der Völkerbund schon seit zwei Jahren auf diese Erfüllungen der Bedingungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Diese Bedingungen sind aber keineswegs nur materieller Natur, sondern Viviani wies auch darauf hin, daß Deutschland seine aufrichtige Reue, die Menschheit durch den Weltkrieg auf einen großen Leidensweg geführt zu haben, durch Taten der Reue und der Wiedergutmachung beweisen müsse, dann werde es niemand wagen, Deutschland in den Völkerbund nicht eintreten zu lassen. Es ist nun aber sehr charakteristisch für diese Erklärungen des Vertreters Frankreichs auf dem Völkerbunde, daß auch der Vertreter Englands, Lord Cecil, seine volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Vertreters Frankreichs ausgesprochen hat, und daß also Frankreich und England Deutschland noch nicht würdig für die Aufnahme in den Völkerbund erachten, weil Deutschland noch nicht genügende materielle und moralische Bürgschaften für die Erfüllung der Friedensbedingungen und für seine aufrichtige Reue, den Weltkrieg hervorgerufen zu haben, gegeben hätte. Diese im Geiste der Unwahrhaftigkeit abgegebenen Erklärungen der Vertreter Frankreichs und Englands auf dem Völkerbundskongresse halten aber gegenüber einer sachlichen Kritik nicht stand, und sie müssen durch die berufenen Vertreter Deutschlands auf der neuen Konferenz in Brüssel als unwahr nachgewiesen werden. Schon die Tatsache, daß Deutschland bereits vielmehr durch Lieferungen an die Verbandsmächte gezahlt hat, als es nach dem Friedensvertrage zu zahlen verpflichtet war, und die weitere Tatsache, daß Deutschland unter den größten Anstrengungen und Opfern das entsetzliche Kohlenabkommen von Spaa erfüllt und unter den größten Schwierigkeiten eine Riesenmenge Kohlen an Frankreich geliefert hat und noch täglich Hunderttausende von Tonnen Steinkohlen nach Frankreich liefert, beweisen, daß Deutschland sehr wohl materielle und moralische Beweise für seinen Willen, den Friedensvertrag erfüllen zu wollen, gegeben hat. Was aber das von Deutschland geforderte Zugeständnis anbetrifft, daß Deutschland der allein Schuldige am Ausbruche des Weltkrieges sei, so kann Deutschland nur die Prüfung dieser Frage nach den diplomatischen Aktenstücken vor Ausbruch des Weltkrieges verlangen.

Die Annahme des Besoldungsgesetzes.

Berlin, 16. Dezember. Der Reichstag beriet heute in zweiter Lesung das

Sperrgesetz,

das den Ländern und Gemeinden verbietet, ihren Beamten höhere Besoldung zu gewähren als das Reich es tut. Die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen erklärten sich für das Gesetz. Die Sozialdemokraten verlangten aber, die dem Reichsfinanzminister eingeräumte Befugnis zum Einspruche gegen die Besoldungsätze der Länder und Gemeinden auch den Gewerkschaften der Beamten und Angestellten zuzusprechen. Diese Ausdehnung des Gesetzes wurde von den dem Gesetz zustimmenden Parteien bekämpft, u. a. mit Rücksicht darauf, daß nicht alle Beamten gewerkschaftlich organisiert seien.

Abg. Dr. Barth (Din.) bekämpfte das Gesetz selbst als einen Eingriff in die Autonomie der Länder. — Auf diesem Standpunkt stellte sich auch der bayerische Gesandte Freiherr von Preger, der namens seiner Regierung Widerspruch gegen das Gesetz als eine Verletzung der Reichsverfassung einlegte. — Reichsfinanzminister Dr. Wirth bezeichnete die verlangten Maßregeln als eine traurige Notwendigkeit, zu der man sich nur unter dem bittersten Zwange der Finanz- und Wirtschaftslage entschlossen habe und die, wenn irgend möglich, nur für die Zeit bis zum 1. April 1925 in Geltung bleiben solle. Nachdem auch noch der Vertreter der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes im Sinne des Gesandten ihres Landes gegen das Gesetz gesprochen hatten, wurden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei sowie der Linksunabhängigen und der Kommunisten genehmigt. Die dritte Lesung und die namentliche Schlußabstimmung sollen Freitag stattfinden.

Der Reichstag beriet weiter in zweiter Lesung die

Besoldungsvorlage.

In einer allgemeinen Erörterung bei § 1 suchten sich die Sozialdemokraten durch den Abgeordneten Steinkopf von einer Verantwortung für die im Ausschuß gefaßten Beschlüsse loszumachen. — Abg. Deglerk (Din.) hielt ihnen vor, daß sie in Wirklichkeit im Ausschuß ebenso wie fast alle anderen Fraktionen an der vorliegenden Gestaltung des Entwurfes mitgearbeitet hätten und sich jetzt aus parteipolitischen Gründen zurückziehen wünschten. Im übrigen warnte er die Beamten vor einem Streik, da sie durch ihn es dem Reiche und den Ländern nur noch weiter erschweren würden, ihnen zu helfen. — In gleichem Sinne sprach Abg. Beurmann (Bp.), der u. a. darauf hinwies, daß jetzt vor allem die vertriebenen Beamten aus den abgetretenen Gebieten untergebracht werden müßten. Für diesen Zweck ist im Reichsministerium des Innern ein eigenes Beamtenamt errichtet worden.

Nachdem noch eine Anzahl anderer Redner gesprochen hatten, wurde in zweiter und dritter Lesung bei nicht weni er als 120 Einzelabstimmungen, die allerdings im abgekürzten Verfahren vorgenommen wurden, die Ausschußfassung genehmigt. Von Änderungsanträgen wurden in der Hauptsache nur ein solcher der Regierungsparteien angenommen, der die Besoldung der Hauptleute und Kapitänleutnants aufbessert. Ein Antrag der Deutschnationalen, auch die Leutnants aufzubessern, wurde abgelehnt, dagegen ein weiterer Antrag derselben Partei angenommen, den Ehrenbahnern, die durch den Wegfall der Betriebszulagen Ausfall erleiden, einen entsprechenden Ausgleich zu gewähren. Angenommen wurde auch ein Antrag des Abgeordneten Schiffer (D) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Fragen der Besoldung der Beamten. In dritter Lesung wurden die Beschlüsse der zweiten Lesung aufrechterhalten und das Gesetz im ganzen genehmigt.

Der Verhandlung hatten während der ersten Stunden auf den Tribünen zahlreiche Beamte mit ihren Familien beigewohnt. Doch verloren sich die Zuhörer allmählich zum größten Teil. Morgen sollen noch kleinere Vorlagen und Abstimmungen erledigt werden.

Das Verbot der Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial durch die Entente.

Berlin, 16. Dezember. Zu der Forderung der alliierten Regierungen, daß Verbot der Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial über den im Friedensvertrage vorgesehenen Zeitraum hinauszudehnen, hatte die deutsche Regierung eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet, in der es heißt:

Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, den Reichsangehörigen die verlangten neuen Beschränkungen aufzuerlegen. Der geforderten Verlängerung der Sperrfrist würde die finanzielle Kraft der Luftfahrtindustrie nicht gewachsen sein, und sie müßte sich dazu entschließen, auf die Fortführung der Unternehmungen überhaupt zu verzichten. Dadurch würde ein ganzer Industriezweig von hoher kultureller Bedeutung vernichtet und die Wirtschaftskraft Deutschlands weiter geschwächt werden.

Das einzige Interesse, das die Botschafterkonferenz an der Verlängerung des Bauverbots haben kann, ergibt sich aus der Befürchtung, daß durch die Wiederaufnahme der Bautätigkeit infolge der Schwierigkeit der Unterscheidung zwischen neuem und altem Material die Erfüllung der Ablieferungsbestimmung erschwert würde. Tatsächlich ist das abzuliefernde Material bis auf geringe Reste an die Kontrollkommission abgeführt. Die deutsche Regierung bereitet zur Zeit weitere gesetzliche Maßnahmen zur schnellen und völligen Ermittelung des restlichen Materials vor. Die Gründe, die den alliierten Regierungen die Verlängerung der Verbotsfrist erwünscht erscheinen lassen, werden sonach voraussichtlich schon in allernächster Zeit wegfallen.

Die deutsche Regierung ist gern bereit, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie in der Zwischenzeit die Kontrolle darüber durchgeführt werden kann, ob zum Bau eines Luftfahrzeuges nicht etwa ablieferungspflichtiges Material verwandt worden ist, und darüber wie zu verfahren ist, wenn dies dennoch geschehen sein sollte. Sie wird bei der Regelung dieser Fragen den alliierten Regierungen jedes Entgegenkommen beweisen. Die deutsche Regierung bittet, die Frage unter Würdigung obiger Darlegungen erneut zu prüfen und schlägt vor, falls ihr Standpunkt nicht geteilt werden sollte, die Angelegenheit einem unparteiischen Schiedsrichter zu unterbreiten.

Wer schadet uns bei der Volksabstimmung?

Polen unter sich.

„Prawda", Posen Nr. 260. Das polnische Volk geht angesichts der baldigen Volksabstimmung wieder eifrig ans Werk. Es geht darum, diese paar Wochen, die uns von der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien noch trennen, bestmöglich für die polnische Sache auszunützen und die Sympathie der Oberschlesier zu gewinnen.

Aber nicht alle Kreise des polnischen Volkes haben die Notwendigkeit einer einheitlichen Anstrengung in dieser Richtung begriffen und am wenigsten unsere polnische Aristokratie. Wir können uns dem polnischen Großgrundbesitz gegenüber hier nicht eines Vorwurfs enthalten. Es ist doch bekannt, daß in Oberschlesien ein großer Mangel an Kartoffeln herrscht, die wir in unserer Provinz im Ueberfluß haben. Die polnische Regierung hat verschiedene Maßnahmen getroffen, um den Oberschlesiern, namentlich der armen Bevölkerung, diesen Artikel in genügenden Mengen zu liefern. Unser Großgrundbesitz hat diese Gelegenheit ausgenützt, um seine schlechtesten und erfrorenen Kartoffeln loszuwerden.

Die Abstimmungskommissare haben sich über diese leichtsinnige oder fahrlässige Lieferung von Kartoffeln nach Oberschlesien beklagt. Einige Waggons enthielten ein Drittel Sand.

Wir wissen auch, daß die Regierung genügend Eisenbahnwagen zum Transport der Kartoffeln zur Verfügung gestellt hat, leider haben sich nur wenige Großgrundbesitzer gefunden, die die nötige Menge Kartoffeln hergegeben haben.

Wir wollen hoffen, daß in dieser Hinsicht bald eine Aenderung eintreten wird und daß unser Großgrundbesitz dem guten Beispiele des ganzen Volkes folgend, sich opfermütiger zeigen wird. Nur durch große Opfer können wir Oberschlesien retten.

Der vielseitige Korfanty.

Kattowitz, 16. Dezember. Der „Schwarze Adler", Organ der heimat- und reichstreuen Oberschlesier, veröffentlicht folgendes Originaldokument: „Mark 400,— für literarische Arbeiten durch den Abgeordneten Erzberger erhalten zu haben, bescheinigt W. Korfanty, Berlin, 15. November 1914." Das Dokument stammt aus den Aktenstücken des Auswärtigen Amts, wo noch mehr Quittungen mit Daten bis zum 14. Dezember 1914 vorliegen. Das genannte Blatt erinnert daran, daß Erzberger zu Beginn des Krieges Reichs-Propagandachef war und die Aufgabe hatte, im In- und Auslande dafür zu sorgen, daß seitens der Entente verbreiteten Nachrichten entgegenzutreten. In dieser Eigenschaft setzte sich Erzberger auch mit Korfanty in Verbindung und vertraute ihm die Aufgabe an, im Osten Deutschlands für die deutsche Sache Freunde und Förderer zu werben. Wie das genannte Blatt feststellt, habe Korfanty fast täglich deutschpatriotische Artikel in die polnische Presse lanciert, die vielfach solchen patriotischen Schwung gehabt hätten, daß die polnischen Blätter die Veröffentlichung nicht wagten. Weiter bemerkt das genannte Blatt, daß sich Korfanty auch um eine Redakteurstelle in der sozialdemokratischen „Volkswacht" bewerben und gleichzeitig für den „Katolik" und den „Gornoslazak" geschrieben habe. Der „Schwarze Adler" teilte bereits in seiner vorletzten Ausgabe ein Gespräch eines Herrn Dr. Hermann Blochner mit dem Bolschewistenführer Radek mit, aus dem hervorgeht, daß Korfanty auch Geheimagent der russischen Regierung war, und daß Radek dabei ankündigte, er werde die Korfanty kompromittierenden Schriftstücke zu einem günstigen Zeitpunkt veröffentlichen.

*

Laut Verfügung der interalliierten Kommission wurde heute das Erscheinen des oberschlesischen „Schwarzen Adler" auf die Dauer einer Woche verboten. Es ist bezeichnend, daß das Verbot in dem Augenblick erfolgte, in dem der „Schwarze Adler" im Begriffe stand, für den Herrn Korfanty sehr unbequeme Enthüllungen zu veröffentlichen.

Unstimmigkeiten im Regierungsblock.

Berlin, 19. Dezember. Der Steuerausschuß des Reichstages stimmte Freitag mittag über den § 1 des Gesetzes über die beschleunigte Einführung des Notopfers ab. Der Paragraph wurde mit geringer Mehrheit angenommen. Das Abstimmungsergebnis brachte aber eine überraschende Zusammensetzung. Die Demokraten enthielten sich der Abstimmung, die Volkspartei stimmte dagegen, und nur das Zentrum stimmte von den Regierungsparteien für den Paragraphen. Im Hinblick darauf hat Reichsfinanzminister Dr. Wirth dem Ausschuß erklärt, er werde dem Reichskanzler über die Haltung der Regierungsparteien sofort Bericht erstatten und ihm mitteilen daß die heute zutage getretene Lage als eine für die Regierung unmögliche zu bezeichnen sei. Die Abstimmung der Deutschen Volkspartei und die Stimmenthaltung der Demokraten gaben dem Zentrum Veranlassung, sich die Stellung zu dem Gesetzentwurf im Plenum vorzubehalten. Wie gemeldet wird, ist die durch die Abstimmung der beiden Parteien herbeigeführte Lage bereits Gegenstand einer Beratung in der Regierung sowohl wie bei den Parteien. Bei der Demokratischen Fraktion ist man der Ansicht, daß eine Regierungskrise unter allen Umständen vermieden werden müsse, in anderen parlamentarischen Kreisen jedoch zweifelt man, ob Finanzminister Dr. Wirth sich länger halten kann.

Abstimmung in Oberschlesien

Wer deutsch ist und seine Stimme nicht gibt,
Weil er sich mehr als sein Vaterland liebt,
Wer die Reise scheut, weil sein Geiz sie verbot,
Wer sie scheut aus Sorge ums tägliche Brot,
Wer die Heimat verrät, weil sie Ansprüche stellt
An Willen, Gesundheit, Bequemlichkeit, Geld,
Wer nicht kommt, weil er ein Joch Ochsen gekauft,
Nicht kommt, weil er arbeitet, freit oder tauft,
Wer also in Not seinen Mann nicht stellt,
Ueber ihn sei für immer das Urteil gefällt:
Sein Name soll sein wie Spreu vor dem Wind,
Verweht und vergessen bis Kindeskind!
Man soll ihn mit deutschen Lauten nicht nennen,
Man soll ihn auf der Straße nicht kennen;
Nicht stille den Durst ihm ein deutscher Born,
Nicht nähre ihn fürder deutsches Korn,
Kein deutsches Haus nehme je ihn in Hut,
Zum Fluche werde ihm deutsches Gut.
Man soll ihn weder erschlagen noch hassen:
Verachtung töte ihn in den Gassen.

E. v. Mutius.

Auf den Trümmern von Cork.

Rotterdam, 15. Dezember. Die dramatischen Ereignisse, die sich am Sonnabend in Cork abspielten, übertreffen alles, was bisher in Irland von England aus geschehen ist. Die Hauptgeschäftsstraßen von Cork, in denen große Gebäude stehen, sind vollständig zerstört worden. Außer vielen Geschäftsläden sind auch mehrere hundert Wohnhäuser vernichtet worden. Starke Plünderungen fanden während der Brände statt. Ganze Stadtviertel sind nur noch rauchende Trümmerhaufen. Noch gestern flammte das Feuer überall auf. Die Feuerwehren aus Limmerick, über 100 Meilen von Cork entfernt, kamen zu Hilfe. Auch die Feuerwehren von Dublin wurden mit Extrazug herbeigeschafft. 800 Häuser sind zerstört worden. 1500 Personen sind obdachlos und ohne Lebensunterhalt. Eine große Anzahl von Familien floh aus der Stadt. Dabei herrscht bittere Kälte. Die ganze Stadt ist noch in Rauch gehüllt.

London, 15 Dezember. Die von der englischen Arbeiterpartei eingesetzte Untersuchungskommission in Irland hat der parlamentarischen Gruppe der Arbeiterpartei im Unterhaus folgendes Telegramm gesandt: Die Feststellungen des Staatssekretärs für Irland bezüglich der Brandstiftungen in Cork sind völlig unzutreffend. Mehrere Mitglieder unserer Kommission haben gestern Cork aufgesucht und sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Brandstiftungen in Cork von Regierungstruppen herrühren. Wir sind in der Lage, einwandfreie Zeugen zu senden, wenn diese Zeugen gegen Verfolgung geschützt werden.

Provinzial- und Kreistagswahlen.

Berlin, 19. Dezember. Im preußischen Staatsministerium ist am Donnerstag der Gesetzentwurf über die provinzielle Selbständigkeit fertiggestellt worden. Der Entwurf wird in kurzem der öffentlichen Kritik unterbreitet werden. Es ist in Aussicht genommen, ihn den Provinziallandtagen vorzulegen, die auf Grund des direkten, gleichen und allgemeinen Wahlrechts gewählt werden sollen. Ferner hat das preußische Staatsministerium am Donnerstag beschlossen, am 20. Februar, zugleich mit den Landtagswahlen die Provinzial- und Kreistagswahlen vorzunehmen.

Waffensuche durch das ganze Reich.

WTB Berlin, 17. Dezember. Nach Ablauf der für die freiwillige Waffenablieferung festgesetzten Frist hat der Reichswehrministerialkommissar Dr. Peters auf Grund des Entwaffnungsgesetzes Zwangsdurchsuchungen für das ganze Reich angeordnet. Mit Vornahme dieser Zwangsdurchsuchungen ist am heutigen Vormittag auch in Berlin begonnen worden und zwar hat die Durchsuchung zunächst im Westen Berlins eingesetzt. In der nächsten Zeit werden auch andere Stadtviertel Groß Berlins einer Durchsuchung nach Waffen unterzogen. Die Durchsuchungen erfolgen durch Kriminalbeamte der Abteilung 1 A in Verbindung mit der Schutzpolizei. Der Berliner Polizeipräsident hat den Beamten bei ihren Amtshandlungen schonendstes Vorgehen zur Pflicht gemacht, vertraut aber auch darauf, daß die Bevölkerung durch verständnisvolles Entgegenkommen der Polizei ihren Dienst erleicht.

Lokales.

Mahnung.

Uebt immer Eure Bürgerpflicht
Auch wenn es schnelt und friert
Vergeßt das Aschestreuen nicht
Sonst werdet Ihr notiert.

Der Paragraph steht nicht zum Spaß
In unserm Ortsstatut. —
Und wer schon auf dem Pflaster saß
Der weiß, wie weh das tut.

Man führt erst einen Seiltanz auf
Ist wie ein Akrobat —
Und schlägt dann schwer und wuchtig auf
Den spiegelglatten Pfad.

Für jeden Sturz vor Eurer Tür
Da haltet Eure Tasche —
Und alles dies vermeidet Ihr:
Durch — eine Schaufel Asche. —

Adolf Schiffner.

Evangelisch-kirchliches.

Die evangelische Kirchgemeinde hatte am Sonntag, den 12. Dezember eine ganz besondere Freude und eine prächtige Gelegenheit, sich ihrer herrlichen Orgel zu erfreuen und ihrem Kirchenchor und seinem arbeitsfrohen Leiter, Herrn Kantor Lampel, zu danken. Wenn man lange Zeit die musica sacra entbehren mußte, tut es wohl, sie in geweihten Raum einmal zu sich sprechen zu hören. Gerade in diesen vorweihnachtlichen Tagen sind Menschenherzen auf Nächstenliebe gestimmt und so konnte es nur mit Freude begrüßt werden, wenn die „Weihnachtsmusik" des evangelischen Kirchenchors dazu dienen sollte, dem städtischen Frauen- und Jungfrauen-Verein die Hände zu füllen für seine Weihnachtsbescherung. Wer Augen hat zu sehen und wem ein fühlend Herz im Leibe schlägt, der findet echte Armut auch heut, wo das Papiergeld ein wohlfeiler Artikel zu sein scheint. Dem Verein wird der von dem Leiter der Musikaufführung überwiesene Reinertrag von 400 Mark sehr zustatten gekommen sein.

Und nun ein kurzes Wort zu dem Dargebotenen, und die Kürze möge vergeben werden, wenn sie auch der reichen Gaben nicht gerecht wird. Es gäbe, wollte man eine erschöpfende Beurteilung liefern, viel und vieles zu sagen. Eins muß hervorgehoben werden: Der Dirigent hat viel Sorgfalt auf die Wahl des Ganzen verwandt, aber auch die erakte Einübung des Einzelnen. Wir sind vom Kirchenchor Gutes gewöhnt, aber auch verwöhnter Geschmack durfte befriedigt sein. Natürlich standen die Vorträge im Zeichen des Advents. Frühlingsmäßig mutete alles an. Vom Anfakt bis zum Schlußlied der Gemeinde der Frühling des Kirchenjahres. Wie wußte die Orgel und mit ihr der Chor Dr. Martin Luthers Weihnachtslied dem Zuhörer ins Herz zu singen, wie ergriff uns das Tenorsolo: „O hohe Nacht, wo Gott zu uns gekommen", und das andere: „Selige Stunde, frohe Kunde" von dem einstmaligen Leiter des Berliner Domchors, Albert Becker, wie verstand es der treue Helfer in unserer Kirche, Herr Höhne, mit seiner Violine, die er mustergültig beherrschte, die Herzen andächtig zu stimmen, welch tiefen Eindruck machte der vierhändige Orgelvortrag über „Stille Nacht". Kurz, überall die Wirkung adventlich gestimmter, weihnachtsfroher Weise.

Dies Urteil wurde noch bestätigt durch die Nummer 12 und 13 der Musikfolge. Das ist oder soll doch der hohe Endzweck einer solchen Musik in der Kirche sein, Menschenherzen empor zu heben aus der Welt des Diesseits in Gottes Ewigkeit. So konnte und mußte die Weise, quadentes bringende Weihnachtsgelt." Alles in allem eine schöne Adventsfeier in unserer Kirche. Schade, daß sie nicht ganz befriedigend besucht war. Den Leitern aber kann der Dank und die Anerkennung derer, die die musica sacra lieben ein Ansporn sein zu fernerem Streben die heilige Musik der Gemeinde immer mehr lieb zu machen.

?? **Namslau**, 21. Dezember. (**Zu einer imposanten Kundgebung**) für Oberschlesien gestaltete sich die Versammlung, die am Freitag im Saale der „Goldenen Krone" stattfand. Ueberaus zahlreich waren aus Stadt und Kreis Freunde der oberschlesischen Sache der Einladung der Ortsgruppe Namslau heimatstreuer Oberschlesier gefolgt. Der Leiter der Ortsgruppe Herr Reichelt stellte nach kurzer Begrüßung der Erschienenen ihnen Herrn Buchdruckereibesitzer Pollitt Oels vor, der nach einigen einleitenden Worten in längerem Vortrage u. a. folgend s ausführte: Die oberschlesische Frage ist gegenwärtig für uns die brennendste. Der Deutsche Schutzbund habe sich bisher um Oberschlesien sehr verdient gemacht. Er ist eine Vereinigung aller Parteien ohne Ausnahme, der alles daran setzt. Oberschlesien für Deutschland zu erhalten; denn ohne Oberschlesien gibt es kein Deutschland mehr. Wir dürfen uns nicht hinwegtäuschen lassen über das Elend des deutschen Volkes. Würde Oberschlesien uns genommen, dann wären wir sämtlich arm. Daher müßten wir alles daransetzen, uns Oberschlesien zu erhalten; ohne Oberschlesien sei Deutschland nicht lebensfähig. Der Deutsche Schutzbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, 80—90000 Abstimmungsberechtigte nach Oberschlesien zu befördern; er (Redner) sei als Obmann bestellt von Hundsfeld bis nach Namslau. — Es kämen erfreulicherweise recht günstige Nachrichten aus Oberschlesien. Glehwitz und Kattowitz u. a. seien 75 Prozent garantiert deutsch gesinnt. Wir hätten durchaus keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen. Wenn ein jeder Deutsche seine Pflicht und Schuldigkeit tue, so sei der Sieg uns sicher. Redner schilderte nun den Jubel, mit dem alle Abstimmungsberechtigten nach West und Ostpreußen, unter welchen auch er sich befunden, auf ihrer Fahrt empfangen worden sind. Die Abstimmungsfahrt werde allen Teilnehmern unvergessen bleiben. . . . . Namslau als letzte Station vor dem Abstimmungsgebiet habe den hier ankommenden Abstimmlern zuzurufen: „Wählt deutsch!" und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, die Liebe, die ihnen jeder Deutsche entgegenbringt. Der Deutsche Schutzbund wird jedem durch die Vermittelung der Heimattreuen Verbände einen Fahrschein ausstellen lassen. Im alten deutschen Reiche vor der Revolution wurden die Insassen der Militärzüge auf jeder Station verpflegt. Von dieser guten Disziplin lasse sich heut naturgemäß nicht sprechen. Nichtsdestoweniger müssen auch die Abstimmenden verpflegt werden. Durch Namslau werden etwa 44 Züge fahren, jeden Tag 7—9 Züge hintereinander hin und zurück. Hierbei ist jedenfalls mit einem gewaltsamen Vorgehen der Polen zu rechnen. Es würde dann eine Stauung der Züge eintreten und in diesem Falle den Abstimmlern Unterkunft und Verpflegung gewährt werden müssen, vor allem Unterkunft in Bürgerquartieren. Letztere seien rechtzeitig zu beschaffen; auf Wunsch gewährt dafür der Deutsche Schutzbund eine Entschädigung von 3—5 Mark. Die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, gehen ihm aus der deutschen Grenzspende zu. Mit diesem deutschen Volksgut müsse recht haushältlerisch umgegangen werden. Sollten Bürgerquartiere in ausreichender Zahl sich nicht finden lassen, so müßten die Abstimmler in Massenquartiere untergebracht und zu diesem Zwecke die Schulgebäude und vor allem die Säle beschlagnahmt werden. — Es müsse auch der Liebesgabendienst ergiebig ausgestaltet werden. Da Namslau, wie er wohl weiß, stets Wohltätigkeit geübt habe, so werde es auch jetzt nicht versagen. Er sei überzeugt, daß ein jeder den Abstimmungsberechtigten auf der Fahrt in die alte Heimat geben werde, was er geben könne. Notwendig sei, daß ein Empfangsausschuß gebildet werde, von dem mehrere Mitglieder stets auf dem Bahnhofe sein müssen, um die ankommenden Abstimmler zu begrüßen, ihnen Mut zuzusprechen und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie deutsch seien und deutsch bleiben müssen. Durch Hilfskräfte — junge Damen und Schüler — seien den Abstimmlern Erfrischungen zu reichen. Da die Züge aus etwa 20 Wagen zu je 6 Abteilen bestehen, so sind Hilfskräfte in größerer Zahl notwendig, zudem ist der Aufenthalt der Züge nur kurz. Auf dem Bahnhofe muß auch eine Auskunftei errichtet werden, um

allen jede gewünschte Auskunft geben zu können. — Er könne zu seiner Freude mitteilen, daß der hiesige Vaterländische Frauenverein bereits in liebenswürdiger Weise die Unterstützung dieser Sache zugesagt habe. Ja, es muß hier alles, was möglich ist, aufgeboten werden. Hier sollen die Abstimmer fühlen, daß jeder einzelne von uns im Geiste die Fahrt mit ihnen mitmacht. Hier sollen wir von den Abstimmungsberechtigten gleichsam Abschied nehmen. Groß wird die Freude aller dann sein, wenn auf der Rückfahrt die Züge durch Namslau rollen und nach einer günstig verlaufenen Abstimmung überall nur freudestrahlende Gesichter zu sehen sein werden. — Nun empfahl Redner, einen Aktionsausschuß zu bilden, der alsbald die wichtigen Vorbereitungen in die Hand nimmt. Es geschah. Durch Zuruf wurden zahlreiche Mitglieder in denselben gewählt, und auf Ersuchen des Herrn Politt erklärte sich Herr Kreisbaumeister Christofzik bereit, den Vorsitz zu übernehmen. — In seinem Schlußwort versicherte Herr Politt, daß er mit großen Erwartungen nach Namslau gekommen sei, doch seine Erwartungen wären bei weitem übertroffen worden. Mit dem Dichterwort: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr" schloß Redner seine für die hehre Sache begeisternden und begeisternden Ausführungen. Den wohlverdienten Dank dafür stattete ihm Herr Stadtältester Oscar Tietze mit tiefempfundenen Worten ab und verband damit ein dreimaliges Hoch auf Schlesien, insbesondere auf Oberschlesien, in das kräftig eingestimmt wurde.

— **(Pestalozzi-Verein.)** Zwecks Vornahme der Vorstandswahl des Pestalozzi Vereins Namslau fand am vergangenen Sonnabend in der evangelischen Schule eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, da die Amtstätigkeit der derzeitigen Vorstandes Ende dieses Jahres abläuft. Durch Zuruf wurden wiedergewählt: die Herren Kantor Lampel Namslau als 1. Vorsitzender, Hauptlehrer Kramer - Wallendorf als 2. Vorsitzender, Rektor Wöhnighausen—Namslau als 1. Schriftführer, Hauptlehrer Geisler - Hönigern als 2. Schriftführer und Lehrer Pätzold—Namslau als Kassierer. Die Gewählten, deren Amtsperiode die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1923 umfaßt, erklären sich zur Annahme der Wahl bereit.

— **Grambschütz. (Festveranstaltung.) Am 25. und 26. Dezember 1920, (1. und 2. Weihnachtsfeiertag), veranstaltet die Gesellschaft „Treu Deutsch" Grambschütz ein Wohltätigkeitsfest zum Besten der Kriegshinterbliebenen und zum Zwecke der Errichtung eines Kriegerdenkmals.**

Die Spielfolge im Charakter einer bunten Weihnachtsbühne bringt gut einstudierte Deklamationen, Gesangsvorträge, Rezitationen, Solosaenen, Duette, Couplets, ein Lustspiel und ein Weihnachtsdrama. Zu diesem Zwecke wurde bereits eine, der Würde der Feier entsprechende Bühne errichtet und der Saal des Mokros'schen Gastbaues festlich dekoriert. Bühnenleitung Herr Warmt, am Klavier Frl. Käthe Anders. Die Veranstaltung, die einen sehr genußreichen Abend verspricht, wird nicht wiederholt. Es ist ratsam, der geringen Anzahl zur Verfügung stehender Plätze wegen, schon jetzt Eintrittskarten zu bestellen. Bestellungen nimmt Herr Wilhelm Klose, Grambschütz, entgegen. Eintrittskarten im Vorverkauf 5 Mk., an der Kasse 6 Mk.

Für Weihnachten!

— Nur **Odeon-Musik** mit seiner reichen Auswahl von **Weihnachtsstücken kann die Festtage verschönern.** — Keine Kunst, keine Wissenschaft verbindet alle Herzen stärker wie die Musik. Mehr wie alle anderen Künste ist die Musik ein Gegenstand der Erholung nach vollbrachter Arbeit oder eine köstliche Beschäftigung in freien Stunden. Sie ist von großem Einfluß auf Seele und Geist. Gute Musik im Hause zu treiben ist eines der vorzüglichsten Mittel zur Veredelung der Jugend.

Kein Musikinstrument vermag so vielseitig zu wirken und den vorhandenen Wünschen und Stimmungen auch nur annähernd so gerecht zu werden, wie ein **Musik-Apparat.** Die Fabrikate mit der Schutzmarke **Odeon** stehen als rein deutsche Produkte an der Spitze der technischen und künstlerischen Erzeugnisse auf diesem Gebiete.

[Eingesandt.]

Staat und Beamte.

Vom Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, Ortskartell Namslau, geben uns nachstehende Ausführungen mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Auch der neue demokratische Staat bedarf zu seiner Aufrechterhaltung und zur Durchführung seiner Maßnahmen des Berufsbeamtentums, genau so wie der alte Obrigkeitsstaat und jeder wie immer geartete Staat. Selbst ein kommunistischer oder anarchistischer Staat, wenn ein solcher überhaupt denkbar ist, wird ohne Beamte, die ihre ganze Kraft und ihre ganze Lebensaufgabe dem Dienste des Staates widmen, nicht auskommen können. Deshalb erscheint es der Beamtenschaft unverständlich, wenn in der öffentlichen Presse aller Parteirichtungen seit Monaten Stimmung gegen die Beamtenschaft und ihre ideellen und materiellen Wünsche gemacht wird. — Hauptsächlich werden die Vorwürfe gegen die Beamtenschaft erhoben, die am Untergang des Staates schuld sein soll. Erstens soll sie viel zu zahlreich sein, so daß garnicht genügend Beschäftigung für die große Zahl der Beamten vorhanden wäre, ferner sollen die Ansprüche der Beamten an die Leistungsfähigkeit des Staates zu hohe sein, und schließlich wird daraus gefolgert, daß diese mangelnde Rücksichtnahme der Beamten den Staat an den Rand des Abgrundes brächte, daß die Beamten also in besonderem Maße zu seinem Untergang beitrügen. — Auf die Autorität eines ehemaligen Staatssekretärs gestützt, der als Volkswirtschaftler seine Verdienste haben mag, als Kenner der Beamtenverhältnisse aber nicht anerkannt werden kann, da er selbst nur ganz kurze Zeit im Staatsdienste tätig gewesen ist, hat fast die gesamte Tagespresse die Behauptung aufgegriffen, daß der Staat zu viele Beamte habe und daher viel zu teuer arbeite. Soweit die leider immer noch bestehenden Kriegsgesellschaften in Betracht kommen, ist es sehr wahrscheinlich, daß diese zum allergrößten Teil überflüssig und die dort tätigen Kräfte für den Staatsdienst entbehrlich sind. Hierbei handelt es sich aber so gut wie garnicht um eigentliche Beamte, sondern lediglich um einen Kreis von Personen, die aus Anlaß des Krieges zwar in den Staatsdienst, aber nicht in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind. Auch über die Kriegsgesellschaften hinaus werden bei allen Verwaltungen solche Hilfskräfte im Vertrags- oder Lohnverhältnis noch in großer Zahl beschäftigt. So gab es am 1. Mai im Bereich der Postverwaltung 121 772 solcher Kräfte, und zwar 9443 männliche und 33 309 weibliche Hilfskräfte für den mittleren Beamtendienst, 49 999 männliche und 9330 weibliche Hilfskräfte für den unteren Beamtendienst, dazu 20 891 Telegraphenarbeiter. Ob ein Teil dieser Kräfte vielleicht bei besonders wirtschaftlicher Organisation zu ersparen wäre, mag dahin gestellt bleiben — sehr erheblich würde diese Ersparnis aber kaum sein können, da eine große Betriebsverwaltung stets über ein beträchtliches flüngeres und bewegliches Personal für Krankheits- und unvorhergesehene Fälle verfügen muß. Selbstverständlich hat auch die Durchführung des Achtstundentages, eines angemessenen Erholungsurlaubes nach den Kriegsstrapazen eine Steigerung der Kräftezahl zur Folge haben müssen. Soviel über die große Zahl der Hilfskräfte, die nicht im Beamtenverhältnis stehen, denen aber durch ihre Beschäftigung im Staatsdienst wenigstens die bitterste Sorge um die Existenz genommen ist. — Besonders gegen die Beamten wird dann noch der Umstand ausgespielt, daß der neue Reichsetat mehr als 20 000 neue Stellen allein für Eisenbahnbeamte vorsieht, und auch in den anderen Verwaltungen sind die Stellenvermehrungen beträchtlich. Mit aller Entschiedenheit muß aber immer wieder betont werden, daß es sich dabei keineswegs um die Einstellung neuer Beamten handelt, sondern an diesen Beamten, die die jetzt in großer Zahl neue Stellen geschaffen werden, wird lediglich ein altes, ungeheures Unrecht gut gemacht, das der alte auf höchste Ausbeutung bedacht gewesene Obrigkeitsstaat begangen hat. Diese Beamten sind schon seit einem Jahrzehnt und länger im alten Staat tätig und für ihn unentbehrlich gewesen — sie sind nur nicht in besonderen Staatsstellen aufgeführt worden, sondern aus allgemeinen Fonds bezahlt worden. In dieser unverantwortlichen Sparsamkeitswirtschaft war insbesondere der alte preußische Staat unübertroffen und jetzt muß der leistungsunfähige Volksstaat dafür büßen. Es ist eine Art Lehrlingswirtschaft, jedenfalls ein Ausbeutungssystem des alten Staates gewesen, durch das er auf Kosten des Personals Ueberschüsse erzielt hat. Gebraucht hat er die Kräfte auch, er hat sie nur nicht im Etat erscheinen lassen und nicht menschenwürdig bezahlt. — Weiter ist es durchaus falsch und irreführend, zu behaupten, die Beamten würden zu gut bezahlt. Wer kann einen Beamten nachweisen, der von seinem Einkommen als solcher Ersparnisse erzielt oder gar Reichtümer angesammelt hätte? Genau so wie früher muß sich die große Mehrzahl der Beamten auch heute noch regelrecht durchhungern. In einer mit graphischen Darstellungen versehenen Broschüre: „Die Not der deutschen Beamtenschaft", die gegen Einsendung von 6,50 M. durch den Deutschen Beamtenbund zu beziehen ist, wird einwandfrei nachgewiesen, daß die Anfangsbezüge der Besoldungsgruppen 1 bis 7 auch nach der neuen Besoldungsordnung noch hinter dem wissenschaftlich errechneten Existenzminimum für August 1920 zurückbleiben; von 13 Besoldungsgruppen trifft das also für mehr als die Hälfte und im ganzen für mehr als 57 Besoldungsstufen zu. Die beiden untersten Besoldungsgruppen erreichen auch nach der neuen Besoldungsordnung in ihrer gesamten Dienstzeit bis zum Höchstgehalt überhaupt nicht das Existenzminimum, ganz zu schweigen von dem bereits oben kurz erwähnten Diäten- und Hilfsbeamtenelend, das von der alten vorrevolutionären Regierung übernommen werden mußte. An diesen nackten, unwiderlegbaren Tatsachen ändern auch Angaben von Milliardenausgaben für die Beamten und Lehrer nichts, bei denen niemals angegeben wird, wieviele Millionen Beamte davon bezahlt werden, wie wenig also auf den einzelnen Beamten davon entfällt. — Andererseits darf man es angesichts der fortgesetzten Versuche, das unerträgliche Kleinheer der Beamten für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Staates verantwortlich zu machen, der Beamtenschaft nicht verdenken, wenn sie auf die jeder Vorstellung spottende Steigerung der Materialkosten hinweist, durch die Handel und Industrie Riesengewinne zugeführt werden, während die große Masse der Beamten trotz der großen Summen an Personalausgaben nicht weiß, wie sie das zum täglichen Leben allernotwendigste herbeischaffen soll. — Bei der Eisenbahn sind die Preise für Kohlen um 1380%, für Lokomotiven um 2870%, für Güterwagen um 950%, für Schmiedeeisen um 630%, für Eisenbahnschwellen um 3310%, für Schienen um 5040%, bei der Postverwaltung die Preise für Eisendraht um 3000%, für Kupferdraht um 1200%, für Kabel um 2000% usw. Warum hört man von diesen Zahlen in der Oeffentlichkeit fast nie etwas, während die Milliarden für die Beamten und Lehrer fortgesetzt herhalten müssen? — Leider scheint man sich in weiten Kreisen nicht darüber klar zu sein, welche Wirkung die fortgesetzten Angriffe auf die Beamten, die nach wie vor treu ihre Pflicht erfüllen, schließlich haben müssen. Die Beamtenschaft ist sich der unglücklichen wirtschaftlichen Lage des Staates durchaus bewußt, sie weiß aber auch, daß sie zusammen mit den Arbeitern und anderen Festbesoldeten die einzige Schicht ist, die tatsächliche Opfer bringt. Das wird von den anderen Kreisen fast völlig verkannt und daher bemächtigt sich der Beamtenschaft allmählig eine Stimmung, die zu den allerernstesten Besorgnissen Anlaß gibt. Man scheint sich nicht, zu behaupten, daß sieben Familien in Deutschland immer eine Beamtenfamilie ernähren müssen, eine so ungeheuerliche Behauptung, daß jedem Beamten das Blut in Wallung geraten muß. Verschärfen sich die Gegensätze weiter wie bisher, indem man, statt die Leistungen der Beamtenschaft für die Volksgesamtheit anzuerkennen und ihr halbwegs auskömmliche Bezüge zu gewährleisten, sie als überflüssig hinzustellen versucht und ihr ein Drohnendasein nachsagt, so wird sie gezwungen, eines Tages zu beweisen, wie es in einem Staate aussieht, dem die Beamten den Dienst versagen. Noch bemühen sich die Führer der Beamtenschaft unter Ausbietung aller Kräfte, den täglich stärker werdenden Willen der Masse zur Dienstverweigerung in ruhige Bahnen zurückzuleiten. Wie groß die Erregung in den Kreisen der darbenden Masse, die trotzdem doch in der Oeffentlichkeit angegriffen wird, schon ist, darum kümmert man sich nicht. Das ist tief zu beklagen. Deshalb ergeht an alle Freunde geordneter Zustände die dringende Bitte, auch den Beamten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Der geringste Funke kann das Pulverfaß zur Entzündung bringen. Das noch im letzten Augenblick zu verhüten, sollte die gemeinsame Aufgabe des gesamten Volkes sein. G.

Bekanntmachung.

Zugelaufen: Ein Hund — Wolfsspitz — Verfteigerung **Mittwoch, den 22. d. Mts., nachm. 4 Uhr im Rathaus.**

Der Eigentümer hat sich zur Geltendmachung seiner Ansprüche binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Namslau, den 20 Dezember 1920.

Die Polizei-Verwaltung.
Schulz.

Die Ausgabe der Krankenzulagekarten

für den Monat Januar 1921 erfolgt:

Montag, den 27. Dez., vorm. von 9—12 Uhr, für die Buchstaben A-G.

Dienstag, den 28 Dez., vorm. von 9—12 Uhr, für die Buchstaben H-L.

Mittwoch, den 29 Dez., vorm. von 9—12 Uhr, für die Buchstaben M-R.

Donnerstag, den 30. Dez., vorm. von 9—12 Uhr, für die Buchstaben S-Z.

Kontrollkarten und Magermilchkarten sind vorzulegen.

Der angesetzte Zeitraum, sowie die vorgeschriebene Buchstabenfolge sind innezuhalten.

Namslau, den 20. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V. Dr Jackisch.

Billige Zigarren

Zigaretten und Rauchtabak an Wiederverkäufer zu sehr günstigen Bedingungen abzugeben. Verlangen Sie bitte Preisliste.

Michael Federspiel, Großhandl., Konstanz.

Schles. Plan- und Säcke-Handlung
Ernst Boy, Breslau III
Fernruf Ring 4525. Holteistr. 35. Fernruf Ring 4525.
gibt laufend preiswert ab:
Neue und gebrauchte Säcke, für jeden Zweck, kein Papier,
Pferdedecken, impr., aus Leinensegeltuch,
Sämtliche Oele und Fette,
3 neue Jutegetreidesäcke,
2 gebr. Jutegetreidesäcke,
zusammen für Mk. 70 franko Nachnahme.

„Das goldene Lachen"
ein prachtvolles Geschenkwerk

Weihnachtsbitte der Krippenkinder.

Weihnacht naht wieder, dankender Liebe Fest,
Zeig' dankbar auch Du Dich dem Kind in der Krippen
Nicht mit dem Wort nur, Gebeten der Lippen,
Dankbar sei fürder nur mit der Tat. —
Hilflose Kinder strecken entgegen
Voller Erwartung Dir winzige Händchen.
Mehr sonst wie einst sollst ihrer Du pflegen,
Die als die Träger der Zukunft schwereren Zeiten,
Als je Du selbst sie gesehen, entgegen schreiten.
Gott legt sie ans Herz Dir! Erfülle die Pflicht,
Die mahnend ergeht an fröhliche Gebet!
Wenn warm noch im Herzen lebt liebreiche Milde,
Vergesse die Kleinen nicht in ihrer Not.
Geben ist Freude voll Segen, ist Gottesgebot.

Unsere Speisekammer ist leer. Damit Du, lieber Leser, weißt, welche Wintervorräte uns willkommen sind, unterbreiten Dir die Krippenkinder ihren Wunschzettel:

Kartoffeln, Mohrrüben, Kraut, Speck, Eier, Aepfel, Nüsse, Syrup, Wäsche, Windeln, Kleidchen, Grieß, Graupen, Mehl u. a. m.

So, nun suche Dir aus, was Du uns schenken willst!

Gütige Spenden für's Säuglingsheim nimmt an:

Clara Haselbach,
Vorsitzende des Vaterländischen Frauen-Vereins.

A. Menzel, Installationsgeschäft
Namslau, Wilhelmstrasse 2
empfiehlt sich
zur Ausführung v. elektrischen Licht- und Kraftanlagen,
deren Reparaturen, Lieferung v. Materialien und Ersatzteilen, Kostenanschläge und fachmännische Beratungen kostenlos, Revision von bestehenden Anlagen, Ausführung von Telefon- und Läutewerkanlagen, Lieferung von Elementen und Ersatzteilen.
Großes Lager
in Taschenlampen, Ia Taschenlampen-Batterien, Beleuchtungskörper u. Lampen.
Glühstrümpfe für Gas,
Gaskocher in allen Größen.

Wir geben hiermit bekannt, daß bei unseren sämtlichen Mitgliedern der
vorzügliche, preiswerte Sinalco-Heißtrank
zu haben ist.
Einkaufsverein der Kolonialwarenhändler Namslau.

Gepreßte Bierhefe
von jetzt ab zu haben
Brauerei A. Haselbach.

Meiner verehrten Kundschaft von Stadt und Land zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein
Ladengeschäft, Schützenstraße 9,
wegen unbedingt vorzunehmenden
Umbauarbeiten
nach den Feiertagen auf zirka 14 Tage schließen werde. Werkstattarbeiten werden unbehindert fortgeführt.
Otto Müller, Klempnermeister.

„Das goldene Lachen"
ein prachtvolles Geschenkwerk.

Namslauer Lichtspiele.

Grimm's Hotel.

Den ersten Weihnachtsfeiertag, 5 und 8 Uhr.
Musik von Herrn Bochnig.

Das einsame Wrack.

Sensationsfilm in 6 Akten
von **Heinz Carl Heiland.**

Die Tauchszenen wurden von Heinz C. Heiland mit Hilfe der schlauchlosen Dräger-Tiefseetauchapparate persönlich unter Wasser aufgenommen.

Sonntag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag)
5 und 8 Uhr

Das Gaukelspiel des Glücks.

Schauspiel in 5 Akten.
Spielleiter: **E. Gregers.**
Hauptdarsteller: **Gudrun Houlberg — Carlo Wieth.**

Nur die Ruhe macht's.

Lustspiel in 2 Akten.

Zigarren :: Zigaretten

in Weihnachtspackungen
zu 5, 10, 25 und 50 Stück
in altbekannt guter Qualität zu bekannt billigen Preisen,

Rauchtabake,

nur beste Fabrikate
empfiehlt in großer Auswahl

Willi Haesler.

Zum Weihnachtsfest

empfehle
f. Jamaika-Rum-Verschnitt,
f. Cognac-Verschnitt,
Cognac Asbach „Uralt",
f. Schwarzwälder Kirschwasser,
div. feinste Doppelliköre,
f. Punsch-Essenz,
Spanischen Süßwein,
Spanischen Rotwein
in vorzüglichen Qualitäten

Ernst Fuhrmann, Destillation.

Weihnachts-Parfümerien
und Toiletten-Seifen

sow. sämtl. Kuchengewürze
zur Weihnachtsbäckerei
empfiehlt zu billigen Preisen

Paul Blawid, Mohren-Drogerie
Klosterstr. 34.

Sinaleo-Heißtrank

seit Jahren erprobt und von Millionen anerkannt als ein vorzügliches, preiswertes, alkoholfreies

Warmgetränk.

Auf Name und Etikett ist besonders zu achten.

Postkarten mit Bezug auf die Abstimmung in Oberschlesien.

zu haben in der
O. Opitz'schen Buchhandlung.

Zum 1. Ja uar **besseres**
Mädchen oder Frau
als **Aufwärterin** gesucht.
Zu erfr. in der Exped.

Spielkarten
empfiehlt **O. Opitz.**

Gasthaus Hönigern, Inh. **J. Krause.**

Zweiten Feiertag

Großes Tanz-Kränzchen.

Anfang 5 Uhr.
Es ladet ergebenst ein **J. Krause.**

Zu dem am 2. **Weihnachtsfeiertag** stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet freundlichst ein
Walde, Gastwirt,
Gülchen.
Eintritt frei.

Zu dem am 2. **Weihnachtsfeiertag** stattfindenden

Tanz-Kränzchen

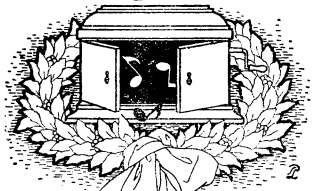
ladet freundlichst ein. **Rathai,** Schwirz.
Anfang 3½ Uhr.

Hamb. Kaffeelager

Thams & Garfs,
Schützenstr. 1.

Beste u. billigste Bezugsquelle für
Schokoladen :: Konfitüren
Kaffee
Tafelmargarine
stets frisch.

Preisgekrönt



sind Odeonfabrikate.
Jeder wahre Musikfreund
kauft sich nur einen Original

ODEON

Musikapparat mit Odeon Musikplatten.
Vorführung bereitwilligst und kostenlos.

Odeon-Musik-Haus
Breslau, Albrechtstr. 7.
Telefon Ring 5508.

Für die Weihnachts-, Sylvester- u. Neujahrstage!

Empfehle mein Lager in:
Cognak- und Rum-Verschnitte,
versch. Doppelliköre u. div. Weine.

Als **Sylvestergrog** ist mein **Jamaika-Rum-Verschnitt** besonders geeignet und gebe auch Flaschen in verschiedenen Größen im Kleinhandel ab.

C. Ploschke Nachf. Inh. Gust. Sasse.
Tel. 213.

Ein Fräulein

für Schreibmaschine u. Kontorarbeiten gesucht.

S. Bielschowsky.

Hotel „Goldene Krone".
1. und 2. Weihnachtsfeiertag

Gr. Frühschoppen-Konzert.

Hübner. Anfang 11 Uhr. **Bochnig.**

Weihnachtswunsch!
2 Freunde, mit Beruf, evgl., Ende 20, gute, stebs. Char., wünschen **Damenverkehr,** wo Einheirat in Geschäft oder Landwirtsch. Nur ernstgem. Zuschrift mögl. m. Bild, das zurücksendet unter strengster Verschwiegenheit an die Exp. d. Bl. unter **Leo.**

Verloren auf dem Ringe am Sonnabend eine **Brieftasche m. Geldinhalt.** Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung in der Exp d Bl. abzugeben.

Am 11. 12. schwarze Stöberhund, gelbe Beine, gestutzte Rute auf den Namen Renz hörend, entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben Gutsbes. **H. Raphe,** Strebitz.

---

sind unerreicht und immer frisch zu haben bei
Franz Thienel,
Rathaus
Johannes Spiegel,
am Bahnhof.

Briefmarken-Sammlung
zu kauf. ges. Off. u. **B. N. 6725** an Rudolf Mosse Breslau.

Karpfenbier

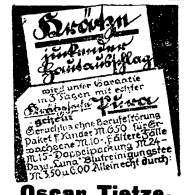
zu haben
Brauerei Lorenz.

Eine Laterna Magica

verkauft
Bader, Wilhelmstr. 20.

Feinste
gebr. Kaffees

empfiehlt
Rob. Bagusche
Inh. Gustav Wendrich.
Telefon 283.



Oscar Tietze,
Germania-Drogerie und
Walter Blawid,
„Mohren-Drogerie",
Klosterstraße.

Bin Abnehmer von
Kiefern- u. Fichtenrollen

wie auch von **ganzen Beständen** zu höchsten Tagespreisen.
Carl Bartos jun,
in Basan, b Kreuzburg OS.

Ein **neu aufgearbeitetes Sopha** zu verkaufen. Näheres in der Expedition d. Bl. zu erfragen.

Milch-Zentrifugen

„Westfalia",

erstklassig. Fabrikat, schärfste Entrahmung, bestes Material,
liefert **sofort** ab Lager Namslau oder ab Werk zu
billigsten Preisen

H. Markusel
Wilhelmstr. 4.
Ratenzahl. auch gestattet.

Lebende
Schles. Karpfen

eingetroffen.
Abholung der Vorbestellungen erbitte **bald.**
Robert Bagusche.
Inh. Gustav Wendrich
Telefon 283.

Passendes Weihnachtsgeschenk!
Starke Filzstiefel

mit kräftigem Lederunterboden empfiehlt **J. Eckert.**

Preiswert zu verkaufen:
1 grauer Anzug, 1 brauner Anzug, größere Figur, **1 bl. Wintermantel, 1 Paar br. Extrastiefel.** Suche **Extra-Kavalleriedegen.** Zu erfr. bei **Liebschwager,** a. d Kaserne.

Ofenschirme,

gebr. Handmaleret, zu verkaufen.
Wilhelmstr. 3,
Laden.

---

1 guterh. Gramophon, eine Zither u. ein Ueberzieher aus feldgrauem Tuch, zu verkaufen bei
Adler, Wilhelmstr. 22.

Ein gut erhaltener
Bisam-Pelz

zu verkaufen bei
J. Schneider, Seilerei
Wilhelmstr. 2

Deutscher Schäferhund

1 Jahr alt, dressiert, mit Stammbaum, billig zu verkaufen.
Neide, Obischau.

Fünf Schweine,

9 Wochen alt, preiswert zu verkaufen bei **Gottlieb Cichos,**
Dt Marchwitz

Einen Hund,

kleine oder mittl. Rasse, sucht zu kaufen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Verkaufe:
Black and tan-Terrier,

9 Mon., Stuben-, Wach-, Schoßhund, schöne Zeichn. Zu erfr. Geschäftsstelle u. Black 9.

Möbl. Zimmer

von jungem Kaufmann gesucht.
Zu erfr. in der Exp. d. Bl.